

Das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens

Am Vernehmlassungsverfahren beteiligten sich sämtliche Kantone. Von den Spitzenverbänden äusserten sich der Vorort und der Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen (in einer gemeinsamen Eingabe), der Schweizerische Gewerbeverband, der Schweizerische Bauernverband, der Schweizerische Gewerkschaftsbund, die Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände und der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund. Stellungnahmen liegen von folgenden Parteien vor: Freisinnig-demokratische Partei, Sozialdemokratische Partei und Nationale Aktion für Volk und Heimat. Weiter haben sich zum Entwurf geäußert: Die Eidgenössische Kommission für Ausländerprobleme und der Schweizerische Baumeisterverband.

Der Vorschlag des Bundesrates, die geltende Verordnung ohne materiell-rechtliche Aenderungen weiterzuführen, wird fast ausnahmslos akzeptiert. Einzig für die Nationale Aktion ist eine Revision der Verordnung unabdingbar; die Beibehaltung derselben in einer Zeit der radikal veränderten Arbeitsmarktsituation sei eine Zumutung für die Schweizer Arbeitnehmer. Die Vereinigung Schweiz. Angestelltenverbände fragt sich, ob nicht das Ziel der "schrittweisen Herabsetzung" der Zahl der erwerbstätigen Ausländer in die geltende Verordnung aufzunehmen wäre. Der Schweiz. Gewerkschaftsbund wünscht eine Ueberprüfung der bundesrätlichen Absicht; er möchte die Verordnung mit konkreten Verbesserungen für die ausländischen Arbeitnehmer ergänzen wie: Verkürzung der Umwandlungsfristen für Saisoniers, rascherer Familien-nachzug für Jahresaufenthalter.

Die Absicht des Bundesrates, konsequent am Stabilisierungsziel festzuhalten und zusätzliche Massnahmen zur Unterstützung dieser Absicht zu treffen, wird einhellig begrüßt. In vielen

Stellungnahmen kommt deutlich die Forderung zum Ausdruck, den Hebel insbesondere bei den nichtkontingentierten Einreisen anzusetzen. Demgegenüber vertritt der Schweiz. Gewerkschaftsbund die Ansicht, dass die Stabilisierung über die Zahl der erwerbstätigen Ausländer anzustreben sei; er ist auch der Meinung, dass die vorgeschlagenen Massnahmen nicht ausreichen und verlangt Sofortmassnahmen insbesondere bei den Saisoniers und Grenzgängern. Der Kanton Wallis glaubt, dass die heutige Wirtschaftslage automatisch zur Stabilisierung beitrage.

Die grosse Mehrheit der begrüssteten Stellen kann sich mit der vorläufig nur teilweisen Freigabe der Kontingente einverstanden erklären; diese Haltung muss jedoch im Lichte der stillschweigend oder ausdrücklich geäusserten Annahme gesehen werden, dass im Frühjahr die Freigabe der Restkontingente erfolgen wird. Vom Vorschlag nicht befriedigt ist der Kanton Freiburg; keinesfalls einverstanden sind die Kantone Bern, Thurgau, Waadt und der Schweiz. Gewerbeverband. Mit Bezug auf die Saisoniers werden teilweise sogar höhere Kontingente gefordert. Das Hauptargument gegen eine nur teilweise Kontingentsfreigabe geht dahin, dass die vorgeschlagene Massnahme der heutigen Arbeitsmarktlage und insbesondere den regionalen und sektoriellen Verschiedenheiten nicht oder nicht genügend Rechnung trage. Für die Kantone Bern und Thurgau erweckt das Vorgehen den Eindruck eines Misstrauensvotums gegen die kantonalen Behörden. Der Vorort/Zentralverband und der Schweiz. Bauernverband befürchten, dass die Kantone in erster Linie die Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe befriedigen werden. Eine weitere Erstarrung des Arbeitsmarktes sowie eine vermehrte Gefahr der Schwarzarbeit als Folge einer nur teilweisen Kontingentsfreigabe gibt der Schweiz. Gewerbeverband zu bedenken. Als weitere Argumente werden der grös-

sere administrative Aufwand der Unternehmungen und die Erschwernisse bei der Planung und dem Disponieren genannt. Einzelne Stellen lehnen die teilweise Freigabe des Kurzaufenthalter-Kontingentes mit dem Argument ab, diese Kategorie stelle keine Gefahr für die Ueberfremdung dar.

Demgegenüber wünscht der Schweiz. Gewerkschaftsbund, dass die vorläufig für sechs Monate freigegebenen reduzierten Jahresaufenthalter- und Kurzaufenthalter-Kontingente für die ganze Kontingentsperiode ausreichen müssen. Die Nationale Aktion verlangt sogar die Aufhebung des Jahresaufenthalter-Kontingentes für 1982/83; sie ist der Ansicht, dass der Bedarf an beruflichen Spezialisten über die Art. 2 und 3 der Verordnung gedeckt werden könne. Die Vereinigung Schweiz. Angestelltenverbände und die Nationale Aktion fordern eine substantielle Kürzung der Höchstzahlen für Kurzaufenthalter.

Eine eindeutige Kürzung des Kontingentes für Saisoniers wünschen die Vereinigung Schweiz. Angestelltenverbände, die Nationale Aktion und der Schweiz. Gewerkschaftsbund.

Zahlreiche Stellen äussern den Wunsch, es sei ihnen vor dem Entscheid über die Verwendung der Restkontingente im Frühjahr erneut Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Die weiteren in Aussicht gestellten Massnahmen zur Unterstützung der Stabilisierung werden praktisch einhellig begrüsst. Zahlreiche Stellen verlangen insbesondere die strikte Beschränkung der nichtkontingentierten Einreisen auf die in der Verordnung festgelegten Ausnahmetatbestände; einige wünschen ausdrücklich die Ueberprüfung der Praxis im Bereich der Flüchtlinge. Der Schweiz. Gewerkschaftsbund ersucht die Behörden, den menschlichen Aspekten genügend Aufmerksamkeit zu schenken. Gegen die vorgesehene strengere Ueberwachung der Praxis für die Erteilung von Saisonbewilligungen wird von keiner Seite opponiert. Der Kanton Basel-Stadt und die Sozialdemokratische Partei verlangen jedoch,

dass die striktere Praxis nicht zu einer Verschlechterung der Umwandlungsmöglichkeiten führe. Die Beschränkung der Saisonbewilligungen auf die effektive Dauer der Saison stellt für den Schweiz. Gewerbeverband eine unpraktikable Massnahme dar; der Schweiz. Baumeisterverband opponiert aus dem gleichen Grunde gegen eine strengere Ueberwachung der Saisonzeiten. Für den Schweiz. Gewerkschaftsbund ist diese Massnahme nur in denjenigen Fällen gerechtfertigt, in denen die Saisondauer zum vornherein feststeht.

Verschiedene Stellungnahmen enthalten im weiteren eine Reihe von Vorschlägen und Forderungen, die zum Teil Wiederholungen früherer Eingaben, zum Teil aber erstmalige Vorschläge darstellen. Aus der langen Liste sollen zwei mehrmals genannte Anliegen herausgegriffen werden: einige Stellen weisen ausdrücklich auf die Bedeutung der Eindämmung der Schwarzarbeit hin und verlangen entsprechende Massnahmen; einzelne Stellungnahmen enthalten die Aufforderung zur Ueberprüfung des Bereichs der Grenzgänger.